

Dienstag, 15. Mai 2012, 16.00-19.00 Uhr

Veranstalter: Greifswalder Bündnis für Familie Koordinierung: Demokratischer Frauenbund LV M-V, Regionalstelle Stralsund, Sitz in Greifswald

Veranstaltungsort: Behindertenforum Greifswald e.V. Haus der Begegnung Trelleborger Weg 37 17493 Greifswald







Inhalt

- I. Einleitung
- II. Tagungsprogramm "Inklusion mitgestalten"
- III. Redebeiträge
- 1. Andreas Speck, GF Landesverband Sozialpsychiatrie M-V e.V.: Inklusion – Zeitgeist oder sozialpolitische Perspektive
- 2. Dr. med. Peter Müller, Leiter SPZ Vorpommern: "Anwalt" der Kinder – gleiche Chancen trotz unterschiedlicher Begabungen
- 3. Nils Kleemann, Schulleiter der Montessori-Schule Greifswald: Aktueller Stand der Landespolitik
- 4. Rainer Heiden, Schulleiter Caspar-David-Friedrich-Schule Greifswald: Erfahrungen im Schulalltag: "Miteinander leben" lernen fängt im Kindesalter an
- IV. Ergebnisse aus den Gesprächskreisen
- 1. Inklusion aus Sicht des Kindes
- 2. Inklusion aus Sicht der Fachleute
- 3. Inklusion aus Sicht der Eltern
- V. Ergebnisse der Fachtagung
- VI. Weiterführende Literatur

1. **Einleitung**

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), die von 2006 bis 2008 ausgearbeitet und ein Jahr später von der deutschen Regierung ratifiziert wurde, bekommen über 60 Jahre nach der Deklaration der allgemeinen Menschenrechte auch Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen eine rechtliche Handhabe, um sich gegen strukturelle oder temporäre Ungleichheiten zu währen. In Folge dieser jüngsten Entwicklung liegt nun die Handlungsnotwendigkeit beim Land Mecklenburg-Vorpommern. Doch auch lokale Akteure und Einrichtungen können und müssen bei der praktischen Umsetzung der BRK mithelfen. Das Greifswalder Bündnis für Familie hat sich in Zusammenarbeit mit dem Demokratischen Frauenbund LV M-V und dem Behindertenforum Greifswald e.V. dem Thema angenommen, um einerseits der inklusiven Bildung einen öffentlichen Raum zu bieten und andererseits eine inhaltliche Schärfung vorzunehmen. Finanziert wurde die Tagung durch Gelder der europäischen Fonds EFRE, ESF und ELER, wofür wir uns recht herzlich bedanken wollen. Ohne dies und die Mitarbeit von vielen engagierten Helfern wäre die Umsetzung der Tagung nicht möglich gewesen.



Behindertenforum Greifswald e.V. Haus der Begegnung Trelleborger Weg 37 17493 Greifswald

Veranstalter

Greifswalder Bündnis für Familie Europäische Fonds Koordinierung dfb LV M-V Roßmühlenstraße 15 17489 Greifswald

EFRE, ESF und ELER in Mecklenburg-Vorpommern Inklusion ist immer wieder Gegenstand einer hitzigen Debatte, die teils mit Ängsten und teils mit Vorurteilen gefüllt ist. Modellversuche zeigen allerdings, dass eine erfolgreiche Einbeziehung benachteiligter Schüler auch auf die sogenannten "normalen" Schüler positive Auswirkungen haben und nicht nur soziale Werte stärken kann. In diesem Zusammenhang ist ersichtlich geworden, dass die individuellen Begabungen und Kompetenzen der Schüler ein Gesellschaftskonzept benötigen, das Verschiedenheit nicht nur anerkennt, sondern fördert. Die unterschiedlichen Sozialisationseinrichtungen haben dabei die Aufgabe, die Individuen nicht nur für die Partizipation am Arbeitsmarkt zu befähigen, sondern darüber hinaus eben auch zu Mitgliedern einer funktionierenden sozialen Gemeinschaft auszubilden. Dieser Aspekt der sozialen Teilhabe ist für uns ein fester Bestandteil der Inklusion im lokalen Raum, seine Umsetzung eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Integration aller Individuen. Nur indem man die einzelnen Gesellschaftsmitglieder in ein festes soziales Umfeld integriert, das sie in Notsituationen auffängt, verhindert man den Ausschluss von Einzelnen oder ganzen Bevölkerungsteilen. Die vorliegende Dokumentation gibt dabei in aller Prägnanz die Ergebnisse und Forderungen der Tagung "Inklusion mitgestalten" wieder und möchte einen Einblick geben, was den Menschen, die tagtäglich inklusive Bildung leben, wichtig ist.

Koordinierung dfb LV M-V

Roßmühlenstraße 15

17489 Greifswald

2. Tagungsprogramm "Inklusion mitgestalten"

16.00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung durch die Sprecherin des Greifswalder Bündnisses für Familie Cornelia Gebhardt, den Vorstand des Behindertenforum Greifswald e.V. und die Gleichstellungs- und Familienbeauftragte der Stadt Ines Gömer
16.00 – 16.30 Uhr	Inklusion: Zeitgeist oder sozialpädagogische Perspektive Andreas Speck, GF Landesverband Sozialpsychiatrie M-V e.V.
16.30 – 16.45 Uhr	"Anwalt" der Kinder – gleiche Chancen trotz unterschiedlicher Begabungen Dr. med. Peter Müller, Leiter des Sozialpädiatrischen Zentrum Vorpommern
16.45 – 17.05 Uhr	Aktueller Stand der Landespolitik Nils Kleemann, Schulleiter der Montessori-Schule Greifswald
17.05 – 18.00 Uhr	Gesprächskreise 1 Inklusion aus Sicht des Kindes 2 Inklusion aus Sicht der Fachleute 3 Inklusion aus Sicht der Eltern
18.05 – 18.20 Uhr	Erfahrungen im Schulalltag: "Miteinander leben" lernen fängt im Kindesalter an Rainer Heiden, Schulleiter Caspar-David-Friedrich-Schule Greifswald
18.20 – 19.00 Uhr	So geht Inklusion in Greifswald

Behindertenforum Greifswald e.V. Haus der Begegnung Trelleborger Weg 37 17493 Greifswald

Veranstalter

Greifswalder Bündnis für Familie Europäische Fonds Koordinierung dfb LV M-V Roßmühlenstraße 15 17489 Greifswald

Förderer – Dankeschön!

EFRE, ESF und ELER in Mecklenburg-Vorpommern

3. Redebeiträge

Andreas Speck, Landesverband Sozialpsychiatrie M-V: Inklusion – Zeitgeist oder sozialpädagogische Perspektive

Mit der deutschen Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im Jahre 2009 entstanden völlig neue Aufgaben für die Bürger und Einrichtungen in der Bundesrepublik. Gleichsam wurden damit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass alle Menschen in der Bundesrepublik vor dem Gesetz die gleichen Bedingungen und Chancen bekommen können. Die BRK hat dabei das Ziel, die allgemeinen Menschenrechte auf Menschen mit Behinderungen anzuwenden und ermöglicht so, Verstöße gegen die Menschenrechtskonventionen, deren Opfer Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen sind, zu ahnden.



Ein Blick in die Geschichte macht die Notwendigkeit der Einhaltung von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden deutlich. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte als Reaktion auf die Geschehnisse des Krieges beschlossen und sollte verhindern, dass Gräueltaten, die insbesondere in der NS-Zeit auch gegenüber Benachteiligten zahlreich waren, jemals wieder auftreten könnten. Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in den UN-Staaten ist dabei nur logische Konsequenz der Deklaration von 1948. Der Begriff der Inklusion ist dabei eng mit der BRK verschränkt. So ermöglicht nur eine barrierefreie Teilhabe aller Menschen einer Gesellschaft die Gewährleistung von Freiheit und Gerechtigkeit.

Inklusion als Begriff für soziale, rechtliche und materielle Teilhabe ist allerdings bereits ein verbrauchter Terminus. Ähnlich dem Integrationsbegriff wurde er allzu häufig in verschiedenen Feldern benutzt und ist im Zeitgeist zu einer Floskel verkommen. Daher ist es notwendig, den Begriff erneut zu schärfen. Inklusion ist nicht nur ein generelles soziales Prinzip von allen Menschen und für alle Menschen, sondern zugleich vor allem geltendes Recht. Durch ihre Umsetzung wird der soziale Zusammenhalt gewährt und Marginalisierungs- und Exklusionserscheiungen vermieden. Doch was ist, wenn man die Freiheitsrechte nicht nutzen kann, weil man beeinträchtigt ist? Diese Frage spaltet die Forschungsgemeinschaft der letzten Jahre. Im sozialpolitischen Konsens steht aber die Einsicht, dass die Verantwortung für den Schutz und die Teilhabe behinderter Menschen bei allen Akteuren liegt. So kommt der Politik eine vertikal ausgerichtete Hauptverantwortung zu. Sie soll die strukturellen Voraussetzungen schaffen, die eine wirksame Teilhabe ermöglichen und gleichzeitig Exklusionserscheinungen verhindern. Daneben stehen Einrichtungen und Akteure in der Pflicht, die politischen Maßnahmen in die Praxis umzusetzen - ein Prozess, der gemessen an den jeweiligen äußeren Umständen weitere strukturpolitische, soziale und materielle Voraussetzungen benötigt. Der Behinderungsbegriff ist dabei leider immer noch defizitorientiert. Zwar gibt es Beeinträchtigungen, die das alltägliche Leben beeinflussen bzw. erschweren, doch kann dieser Umstand nicht zum Vorwand genommen werden, Betroffenen einen Sonderstatus zuzuschreiben, der ihnen eine vollständige Partizipation an der gesellschaftlichen Mitte verschließt. Vielmehr wird ein veränderter Blickwinkel nötig, der Vielfalt ermöglicht, ohne einzelne Bevölkerungsgruppen ins Abseits zu drängen. Es bedarf also gerade im Bereich der Behindertenhilfe nicht nur der Inklusion sondern der Integration der Beeinträchtigten. Dadurch wird es möglich, Behinderung als Wechselwirkung zwischen Betroffenen und Hindernissen wahrzunehmen, die es gilt abzubauen. Ziel ist also die Befähigung zur Selbstbestimmung, die es Behinderten ermöglicht, nicht nur auf dem Papier Bürger erster Klasse und somit Träger von Rechten zu sein. Die zentrale Forderung muss darin bestehen, Strukturen so umbauen, dass sie den Menschen mit Beeinträchtigungen gerecht werden.

Was Inklusion meint:

- Orientierung an Teilhabe und Vielfalt
- Beteiligungschancen an öffentlichen Entscheidungen und Abbau von Barrieren
- Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur, und Sozialem
- Wertschätzung des Fremden und des Andersartigen
- Nicht die Minderheit muss sich anpassen, sondern die Dominanzkultur

Was Inklusion nicht meint:

- Ausgliederung in eine Sonderwelt
- Abwertung durch einen Normalitätsbegriff
- Assimilierung der Verschiedenheit und Abschleifen von Eigenheiten

Andreas Speck ist Pädagoge und Geschäftsführer des Landesverbandes Sozialpsychiatrie M-V e.V., dem Dachverband von Trägern und Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich um die Versorgung und Betreuung psychisch kranker und behinderter Menschen bemühen.

Dr. med. Peter Müller, Leiter des Sozialpädiatrischen Zentrums Vorpommern: "Anwalt" der Kinder – gleiche Chancen trotz unterschiedlicher Begabungen

Inklusion findet sich in der heutigen Gesellschaft im Spannungsverhältnis zwischen sozialem, bzw. ökonomischem Anspruch und der biografischen Selbstverwirklichung des Individuums wieder. Die vielfältigen Anforderungen ergeben sich aus einer ganzen Reihe von Einflussfaktoren, die allesamt auf das Individuum einwirken. So spielen bei der sozialen Werdung familiäre Wünsche und Umstände ebenso eine Rolle wie die Anforderungen des Arbeitsmarktes, der Medien und der Gesellschaft als Ganzes. Schule hat dabei die Aufgabe, Kinder zu gesellschaftlich funktionalen Wesen heranzuziehen und sie auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten.



Jedoch kann der Einzelne diesen Ansprüchen nicht immer gerecht werden und benötigt individuelle Betreuung, ohne gleich von der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. So besitzt jedes Kind seine ganz eigenen Stärken und Schwächen, die sich nicht immer leicht an der Norm messen lassen. Und gerade jene Normalverteilung ist es häufig, die Menschen mit Beeinträchtigungen an den Rand der Gesellschaft drängt. Ein einprägsames Beispiel hierfür ist die Aufteilung in strikte IQ-Klassen. Davon abgesehen, dass eine solche Aufteilung nur einen winzigen Ausschnitt des individuellen Vermögens wiedergibt, wird die Einteilung in hochbegabt, normalbegabt und unterentwickelt der Vielfalt der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht. Zwar wird so eine grobe Einteilung der Gesellschaft ermöglicht, allerdings dem Individuum gleichsam biografische Zwänge auferlegt. Betrachtet man ein durchschnittliches Klassenzimmer, so findet man gewiss ein bis zwei Schüler mit ADHS, ein bis zwei Körperbehinderte, Schüler mit Rechenschwächen, mit Sprachstörungen oder aber verhaltensauffällige Schüler. Ein Großteil der Schüler ist also auf ihre ganz eigene Art normabweichend und andersartig. Nicht nur die Anforderungen an die Individuen sind also

zahlreich, nein auch die Ansprüche an die Schule ergeben sich aus der Vielfalt der unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Schüler. Erst wenn man den jeweiligen Bedürfnissen und Potenzialen gerecht wird, ermöglicht man die bestmögliche Sozialisierung der Menschen in einer Gesellschaft. Hierfür sollte jede Schule, Klasse und Gruppe nicht nur flexibel sein, sondern auch das Schulsystem im Ganzen muss der Vielfalt der biografischen und lebensweltlichen Ansprüche gerecht werden.

Was Inklusion meint:

- Wertschätzung der Vielfalt in der Bildung
- Schule für Alle, nicht nur für alle Produktionskräftigen (eine funktionierende Wirtschaft ist für die Gesellschaft da und nicht anders herum)
- Schule muss sich anpassen, nicht der Schüler
- Mehr individuelle Schülerfürsorge

Was Inklusion nicht meint:

- Ausgrenzung durch Bestimmung scheinbarer Normalverteilungen
- Funktionalität um jeden Preis

Dr. med. Peter Müller ist Leiter des Sozialpädiatrischen Zentrum Vorpommern, einer Institution, die sich um die ambulante Krankenbehandlung von Kindern und Jugendlichen im Kontext ihres jeweiligen sozialen Umfelds kümmert. Der Schwerpunkt der Untersuchungen umschließt sowohl die Diagnostik von Entwicklungsstörungen, körperlichen und geistigen Behinderungen als auch Verhaltensauffälligkeiten sowie seelischen Auffälligkeiten.

Nils Kleemann, Schulleiter der Montessori-Schule in Greifswald: Der aktuelle Stand der Landespolitik

Mit dem Aktionsplan "Inklusive Bildung bis 2020" folgt auch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention. So sind jüngst Politiker sowohl der Landesregierung als auch der Opposition zusammengekommen, um den Weg zur inklusiven Bildung zu bereiten. Besonders im Bereich Frühkindlicher Bildung und Schule sucht Mecklenburg-Vorpommern nach Wegen der Umsetzung der BRK. Inklusion wird unser gesellschaftliches Umfeld verändern. Ich beziehe mich bei der aktuellen Debatte auf die Schwerpunkte in der Bildungspolitik.



Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V hat nach der Landtagswahl mit dem Aktionsplan einen nachvollziehbaren Weg beschritten. Bevor ich darauf eingehe, möchte ich aber zunächst kurz eine Definition von 2005 vortragen, da Inklusion aus den verschiedenen Perspektiven – z.B. Schule und Gesellschaft – immer wieder neu definiert wird und man schnell den Überblick verliert:

"Inklusion will die Verschiedenheit im Gemeinsamen anerkennen, d.h., der Individualität und den Bedürfnissen aller Menschen Rechnung tragen. Die Menschen werden in diesem Konzept nicht mehr in Gruppen eingeteilt. Inklusion bedeutet Mitbestimmung und Mitgestaltung für alle Menschen ohne Ausnahme. Inklusion beinhaltet die Vision einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder in allen Bereichen selbstverständlich teilnehmen können und die Bedürfnisse aller Mitglieder ebenso selbstverständlich berücksichtigt werden. Inklusion bedeutet davon auszugehen, dass alle Menschen unterschiedlich sind und dass jede Person mitgestalten und mitbestimmen darf. Es soll nicht darum gehen, bestimmte Gruppen an die Gesellschaft anzupassen." (Walter Körg 2005; MiM, Verlag TAFIE; "Perspektiven auf dem Weg zur Inklusion")

Vergleicht man diese Definition mit den täglichen Erfahrungen in der Schule, so erkennt man, dass ein Systemwechsel notwendig ist. Wie will die Landesregierung diesen Systemwechsel also angehen? Ich möchte den Weg der Landesregierung kurz aus meiner Sicht erläutern und im Anschluss daran werde ich einen zweiten Weg vorschlagen.

Erster Weg:

Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V hat nach der Landtagswahl 2011 eine Expertenkommission "Inklusive Bildung in M-V bis zum Jahr 2020" einberufen. Ihr gehören Wissenschaftler, Praktiker und Politiker an. Ziel ist die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung - Empfehlungen für das Vorgehen bis zum Jahr 2020. Gleichzeitig wurde eine Begleitgruppe eingerichtet, die die Ergebnisse der Expertenkommission bespricht, auswertet und ergänzt. Diese Begleitgruppe besteht aus Vertretern unterschiedlicher Verbände. Sie hat bisher einmal getagt. Ich vertrete in der Begleitgruppe den VPD-Nord und den PARITÄTISCHEN MV. Dabei hat die Expertenkommission zwölf Themenfelder erarbeitet die für die Umsetzung des Aktionsplans notwendig sind. Hierzu ist zunächst einmal die übergeordnete Zielbestimmung und Umsetzung des Vorhabens sowie eine verlässliche Begriffserklärung herauszuarbeiten. (1) Ein entsprechendes Arbeitspapier wurde schon in der Begleitgruppe besprochen. Darüber hinaus sind die rechtlichen Grundlagen (2) zu klären. Parallel dazu wird eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der "Integration" in M-V durchgeführt. (3) Die Klärung der baulichen Voraussetzungen (4) stehen ebenso zur Disposition wie die Klärung der pädagogischen Voraussetzungen (5). Des weiteren sind die Themenfelder Prävention, Diagnostik und Beratung mit den lokalen und regionalen Einrichtungen abzustimmen (6) und die pädagogischen Anforderungen an Inklusion (7) zu klären. Ein wichtiger Punkt für inklusive Bildung ist die Umsetzung im Bereich Frühkindliche Bildung und Inklusion (8). Denn gerade die Gestaltung von Übergängen (9) zwischen den Lebensphasen ist elementar um Marginalisierungsprozesse zu vermeiden. Ein viel diskutiertes Themenfeld sind die Evaluation von nötigen Sonderformen schulischen Lernens (10) sowie von Beratungs- und Unterstützungsangeboten (11). Auf Basis der elf genannten Themenfelder ist abschließend eine Ressourcensteuerung (12) notwendig. In diesem Punkt sind in Unterpunkten "Umsteuerung" und "Kostenneutralität" angegeben. Die Kostenneutralität muss aus meiner Sicht offen gelassen werden. Studien zeigen, dass

wir hier eine gesellschaftliche Aufgabe angehen, die auch gegenfinanziert werden muss. Das Themenfeld 2 ist zu besprechen, wenn die Themenfelder 4-11 behandelt wurden. Es ist aus meiner Sicht vernünftig "Inklusive Bildung in M-V" mit Umsicht zu planen und schrittweise anzugehen. Hier unterstütze ich den Weg der Politik und der Verwaltung. Gleichzeitig gehört für mich aber ein zweiter Weg dazu, der derzeit wenig Beachtung findet.

Zweiter Weg:

In unserem Bundesland haben sich verschiedene Personen, Einrichtungen und Träger auf den Weg der "Inklusiven Bildung" begeben. Einige Einrichtungen haben schon vor der Ratifizierung der UN-Konvention reichhaltige Erfahrungen. Diese Personen, Einrichtungen und Träger sollten gepflegt und gefördert werden. Sinnvoll wäre auch, sie in die Ausbildung von Erziehern und Lehrern einzubeziehen. Auch die Aktion Sonnenschein M-V e.V. wurde vor 20 Jahren aus der Idee "Hilfe aus einer Hand" heraus gegründet. Sie ist Träger der Montessori-Schule Greifswald, deren Schulleiter ich bin. In einem Filmbeitrag können Sie Einblicke in die Arbeit des Sozialpädiatrischen Zentrums, des Montessori-Kinderhauses, der Montessori-Schule und weiterer Einrichtungen bekommen. (Tipp: www.youtube.com, dann in die Suche "Aktion Sonnenschein MV" eingeben und den gleichnamigen Filmtitel anwählen) Die vielfältigen Ansätze der Beteiligten sollten wir als Chance auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft begreifen. Derzeit scheint das Bildungsministerium aber nur die eigenen Schulversuchsergebnisse (z.B. Rügen) wahrzunehmen. Dies ist zu kurz gedacht. Inklusion kann in verschiedenen Einrichtungen, Regionen oder Einzugsgebieten unterschiedliche Antworten erfordern. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V sollte sich zukünftig als Serviceagentur für gelingende Ansätze "Inklusiver Bildung" verstehen. Die Landespolitik muss Weitschicht beweisen. Vertrauen ist an dieser Stelle besser als manch übereilte Kontrolle. Für mich stehen der erste Weg und zweite Weg in einem engem Zusammenhang und wechselseitiger Ergänzung. Was nützt der erste Weg, wenn bis 2020 gute Ansätze und Modell wieder von der Bildfläche verschwunden sind, weil Ihnen die notwenige Unterstützung versagt wurde.

Was Inklusion meint:

- Den Bedürfnissen aller Menschen Rechnung tragen
- Individualität durch vielfältige Strukturen
- Einbezug der Lehrer- und Erzieherausbildung
- Einbezug der Schulen und Kinderhäuser

Was Inklusion nicht meint:

- Kostenneutralität: sozialer Einhalt hat seinen Preis
- Kurzschlussreaktionen: Inklusion braucht Zeit und benötigt die Partizipation aller betroffenen Einrichtungen und Akteure

Nils Kleemann ist Schulleiter der Montessori-Schule Greifswald. Die Schule strebt ein vielfältiges Schulkonzept an, das die Individualität des Kindes mit all seinen besonderen Begabungen und Eigenheiten über starre Anforderungen stellt. Mit der Etablierung der Montessori-Philosophie in Greifswald musste sich die Schule gerade zu Beginn ihrer lokalen Geschichte vermehrt mit Kritik auseinandersetzen und konnte aus dieser heraus ihr pädagogisches Konzept schärfen.

Rainer Heiden, Schulleiter Caspar-David-Friedrich-Schule Greifswald: Erfahrungen im Schulalltag, "Miteinander leben" lernen fängt im Kindesalter an

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Vielzahl der Anforderungen an heranwachsende Kinder und Jugendliche stark erhöht. Im Zuge der zunehmenden Virtualisierung der Lebens- und Arbeitsbereiche werden verschiedenste Kompetenzen benötigt, welche die Schüler im Alltag häufig in emotionale Notlagen versetzen. Das Ergebnis sind zunehmend emotional-sozial auffällige Kinder. Der Politik kommt dabei die Aufgabe zu, auf die äußeren Bedingungen mit einer flexiblen sowie gleichzeitig verlässlichen und konstanten Schulpolitik zu reagieren.



Eben jene Konstanz ist unerlässlich, um den Kindern die bestmögliche soziale Werdung und Weiterentwicklung zu gewährleisten. Dabei orientiert man sich momentan leider zu sehr am Prinzip der Leistungsgesellschaft. So sollen alle einen - am besten vergleichbaren - Abschluss und Beruf haben, obgleich es bei den Schülern unterschiedliche Kompetenzen und Potenziale sowie soziale Hintergründe gibt, die den biografischen Verlauf beeinflussen. Bei der Forderung nach einer zu 100% funktionierenden Gesellschaft bleibt die einzelne Biografie häufig auf der Strecke. Daher ist eine Differenzierung von Lebenslauf und Biografie notwendig, um auch die persönlichen Stärken der Heranwachsenden herauszustellen. Nicht der Abschluss ist maximal zu fördern, sondern das Kind selbst.

Im Bereich der Inklusion wurde in diesem Zusammenhang leider allzu oft ein defizitorientierter Begriff bemüht, der vor allem darauf ausgerichtet war, Lernbehinderte und geistig Behinderte zu integrieren, ohne dabei die Gesamtheit des Klassenverbandes zu beachten.

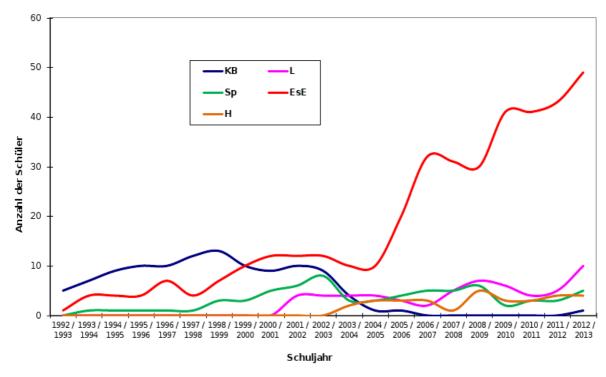


Abb.: Integration an der "Caspar David Friedrich"-Schule nach Förderschwerpunkten, Rainer Heiden

So zeigt eine Bestandsaufnahme an der CDF-Schule, dass die Zahl der Schüler mit Aufmerksamkeitsdefiziten, mit Sprachstörungen oder Rechenschwächen in etwa konstant geblieben ist, die Zahl der emotional-sozial auffälligen Kinder aber in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Inklusion muss also sich um die Schaffung von Teilhabe für alle Schüler bemühen, nicht nur um die möglichst problemfreie Eingliederung körperlich und geistig Behinderter.

Aus diesem Grund wurde an der CDF-Schule das 40-Minuten-Modell geschaffen, um der Entwicklung der letzten Jahre entgegenzuwirken. Wir haben von jeder Unterrichtseinheit Fünf Minuten abgezogen und sie gebündelt, um Projekte und neue Fächer umzusetzen. So können pädagogische Ziele in zusätzlichen Fächern, wie z.B. der Lernzeit, der Schulaufgabenzeit oder aber zusätzlichem Mathematikunterricht bewerkstelligt werden. Dadurch wird eine individuellere Betreuung der Kinder erzielt, persönliche Stärken gefördert und einzelne Schwächen abgebaut. Allerdings ist das Konzept zwar notwendig und den Anforderungen der Gesellschaft entsprechend, aber eben auch personal- und zeitintensiv. Daher kann keine Rede von Kostenneutralität sein. Um auf die äußeren Umstände und Entwicklungen in unserer Gesellschaft einzugehen, ist es unumgänglich, dass man die nötigen Kapazitäten zur Verfügung stellt und Fachkräfte fördert, die allen Anforderungen in der Schule gerecht werden, obgleich diese nun sozialer, fachlicher oder psychologischer Art sind. In diesem Zusammenhang sind eine flexiblere Aufteilung der Klassen und vorallem kleinere Klassen notwendig.

Was Inklusion braucht

- Berücksichtigung aller Schüler und Beachtung aller Auffälligkeiten
- kleinere Klassen und Gruppen
- flexiblere Klassenaufteilungen

Was Inklusion nicht braucht

- das Stigma einer Behindertenförderung
- emotional-soziale Auffälligkeiten als Folge von einseitigen Schwerpunkten

Rainer Heiden ist Schulleiter der Caspar-David-Friedrich-Schule in Greifswald. Die Schule legt einen besonderen Fokus auf die unterrichtsbegleitende Berufsvorbereitung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die sonderpädagogische Förderung. Inklusive Bildung ist daher gerade an der CDF-Schule von besonderer Bedeutung.

4. Ergebnisse aus den Gesprächskreisen

In drei Gesprächskreisen wurde der Weg in eine inklusive Bildung besprochen. Ziel war es, die lokalen Möglichkeiten für eine erfolgreiche Inklusion aller Betroffenen zu ergründen. Hierfür sollte das Thema zum Einen aus Sicht des Kindes, zum Anderen aus Sicht der Fachleute und zum Dritten aus Sicht der Eltern betrachtet werden. Die Teilnehmer konnten sich im Vorfeld je nach Interesse und fachlichem Hintergrund für einen der drei Gesprächskreise anmelden.

1. Inklusion aus Sicht des Kindes

Ein Großteil der Tagungsteilnehmer entschied sich für den Workshop "Inklusion aus Sicht des Kindes". Auf diesem Wege machten über 40 Teilnehmer deutlich, dass im Fokus der Betrachtung zunächst das betroffene Individuum selbst steht. Kinder sind von Marginalisierungs- und Exklusionserscheinungen bedroht. Sie sind strukturellen Benachteiligungen in der Gesellschaft oft ohnmächtig ausgesetzt und müssen vor diesen Gefahren geschützt werden.



Veranstaltungsort

Behindertenforum Greifswald e.V. Haus der Begegnung Trelleborger Weg 37 17493 Greifswald

Veranstalter

Greifswalder Bündnis für Familie Europäische Fonds Koordinierung dfb LV M-V Roßmühlenstraße 15 17489 Greifswald

Förderer - Dankeschön!

EFRE, ESF und ELER in Mecklenburg-Vorpommern Unter der Moderation von Nils Kleemann ergründete der Workshop, welche Voraussetzungen für inklusive Bildung gegeben sein müssen und was notwendig ist, um Kindern die bestmögliche Bildung zu verschaffen. Dabei wurde herausgestellt, dass Kinder unterschiedliche und vielfältige Begabungen und Stärken haben, denen man in einem eingleisigen Schulsystem, das Bewertungen aufgrund von wenigen Indikatoren ausgibt, nur schwerlich gerecht wird. Vielmehr muss man den unterschiedlichen Begabungen Raum geben, um soziale Ausschlusserscheinungen Einzelner zu vermeiden. Aus Sicht des Kindes ist Inklusion dann gelungen, wenn sowohl Sozialisation als auch persönliche Werdung vollständig erreicht werden. Daher wurde teils kontrovers darüber diskutiert, welche Voraussetzungen für das Kind gegeben sein müssen. Nachfolgend sind die Ergebnisse kurz zusammengefasst.

Voraussetzungen:

- individuelle Betreuung und vielfältige Bildungsangebote
- Inklusionsgerechte Professionalisierung der Lehrkräfte
- Die Schule muss auf die Besonderheiten der Schüler eingehen und sich nicht nur an Rahmenlehrplänen orientieren
- unterschiedliche Bildungsniveaus und Potenziale müssen aufgefangen werden und als Chance für gegenseitiges Lernen begriffen werden
- Barrierefreiheit, auch bei den Akteuren

2. Inklusion aus Sicht der Fachleute

Im Gesprächskreis "Inklusion aus Sicht der Fachleute" fanden sich unterschiedliche Akteure aus Schulen, Kindergärten und Universität ein. Darüber hinaus zeigten sich viele angehende Lehrer und Erzieher interessiert, um die Möglichkeiten erfolgreicher Inklusion und die Notwendigkeiten hierfür aus dem Blickwinkel der Fachkräfte herauszuarbeiten.



In einer angeregten Diskussion wurden Kernpunkte erarbeitet. Zunächst waren sich alle Teilnehmer einig, dass für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention einige Mühe von allen Seiten nötig ist. Damit Fachleute aber inklusive Bildung im Alltag in die Tat umsetzen können, bedarf es verschiedener Voraussetzungen, die im Folgenden kurz zusammengetragen sind.

Voraussetzungen:

- Erhöhung der pädagogischen, therapeutischen und sozialpädagogischen Betreuung durch weitere Fachkräfte und begleitende Arbeitskräfte
- Freiräume für pädagogische Wege
- Anpassung von Studium und Lehre an die Erfordernisse inklusiver Bildung
- Verbesserung der räumlichen und materiellen Voraussetzungen und Beseitigung von Barrieren
- Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Bildungsstufen und Einrichtungen (Kindergarten, Grundschule, Gesamtschulen, etc.), um Übergänge zwischen den Lebensphasen zu puffern.
- Umdenken bei Bevölkerung und Politik: weg vom defizitorientierten Inklusionsansatz sowie Wertschätzung und Akzeptanz der Vielfalt

3. Inklusion aus Sicht der Eltern

Am Gesprächskreis "Inklusion aus Sicht der Eltern" nahmen neben engagierten Eltern aus Greifswald auch Lehrer und Studenten teil. In einer äußerst produktiven Arbeitsrunde wurden verschiedene Erfahrungen ausgetauscht, Voraussetzungen für inklusive Bildung ausgearbeitet, aber auch Risiken und Fragen aufgeworfen.

Die Erfahrungen der Eltern zeigen, dass sich "stärkere" Kinder häufig nach den "schwächeren" Kindern richten und diese auch vor anderen verteidigen. Ersichtlich wird auch, dass die Kinder häufig keinen Unterschied zwischen sich und benachteiligten Kindern machen und die Beeinträchtigungen nur als Eigenheit, nicht aber als Defizit ansehen. Durch inklusive Bildung stärken "normale" Kinder nicht nur ihre sozialen Kompetenzen, sondern lernen auch Angeeignetes zu hinterfragen, zu verstehen und weiterzugeben. Auf diesem Wege entdecken Kinder Vielfalt und Weltoffenheit.

Diesen positiven Erfahrungen standen aber auch Ängste und Fragen der Eltern gegenüber. So wurde ebenso die Sorge geteilt, dass verhaltensauffällige Kinder den eigenen Kindern etwas tun könnten, wie die Befürchtung, dass Inklusion das Vorankommen "normaler" Kinder hemmen könnte. Darüber hinaus hatte der Gesprächskreis Fragen zur Umsetzung der BRK. So kam die Frage auf, wie Inklusion in Ausbildung oder Studium umsetzbar ist und ob die derzeitige Lehrerausbildung für die Herausforderungen inklusiver Bildung reicht.



Anschließend formulierte der Workshop Voraussetzungen, die ihrer Meinung nach für eine erfolgreiche Inklusion notwendig sind.

Voraussetzungen:

- den Personalschlüssel ändern und Förderstunden erhöhen
- zusätzliche Professionelle miteinbeziehen
- permanente Weiterbildungen der Fachkräfte auch in der Förderung sozialer Schlüsselkompetenzen
- kleinere sowie altersgemischte Gruppen und Klassen
- Eltern besser vorbereiten und "schwachen" Eltern Hilfe zukommen lassen
- Ermöglichung selbstbestimmten, gehirngerechten und informellen Lernens
- Matetik statt Didaktik: Schule aus Sicht des Kindes sehen
- Abschaffung von Zensuren und Numerus clausus, stattdessen Eignungsprüfungen vor Studienbeginn

5. Ergebnisse der Fachtagung

Mit der Durchführung der Tagung "Inklusion mitgestalten" im Behindertenforum Greifswald e.V. nahm sich das Greifswalder Bündnis für Familie unter Koordination des Demokratischen Frauenbund LV M-V am 15.05.2012 eines Themas an, dass in den letzten Jahren immer wieder Teil der öffentlichen Diskussion war. Durch die Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention war eine theoretische Neustrukturierung notwendig geworden. Die Tagung zielte darauf ab, Inklusion auf lokaler Ebene in die Praxis umsetzen zu können. Schwerpunkt der Tagung lag dabei in der Evaluation der notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche inklusive Bildung. Dabei kristallisierte sich schnell heraus, dass Inklusion nicht nur die Schaffung der Teilhabe körperlich und geistig beeinträchtigter Menschen meint, sondern auf die Eingliederung aller Menschen gleich welcher Eigenheit abzielt. Unter Berücksichtigung der involvierten Personen wurden drei Gesprächsgruppen gebildet, die den Untersuchungsgegenstand "Inklusion" aus dem Blickwinkel des Kindes, dem der Eltern und der Fachleute betrachten sollten. Des Weiteren wurden die Redner so gewählt, dass alle relevanten Themenfelder abgearbeitet wurden. Dies begann bei der Betrachtung der zuständigen Landespolitik, zog den gegenwärtigen Forschungsstand mit ein und begutachtete die Erfahrungen von Beispielschulen vor Ort, in denen Inklusion bereits jetzt gelebt wird. Das heterogene Teilnehmerfeld bestand aus über 90 Personen aus unterschiedlichen Fachbereichen und Arbeitsfeldern. So hatten sich neben Mitarbeitern der Universität Greifswald Lehrer, Erzieher und Sozialpädagogen angemeldet. Darüber hinaus waren andere lokale Akteure ebenso vor Ort wie Eltern und sogar ganze Universitätskurse.

In den vier Redebeiträgen und drei Gesprächskreisen wurden verschiedene Vorschläge ausgearbeitet, wie Inklusion an den örtlichen Schulen und Einrichtungen gelingen kann. Eine der zentralen Forderungen bestand darin, dass Integration im Alter von 0 anfängt und bei 99 aufhört. Insbesondere die Übergänge zwischen den Lebensphasen sind risikobehaftet, da Individuen z.B. nach dem Abschluss des Schulabschlusses vermehrt von Marginalisierungserscheinungen bedroht sind. Parallel zur Verhinderung dieser Sozialisationsrisiken kommt den beteiligten Akteuren und der Politik die Aufgabe bei, der Vielfalt der Kompetenzen und Potenziale gerecht zu werden. Inklusion findet sich also im Spannungsfeld zwischen Sozialisation und Individualität wieder und muss daher sowohl dem individuellen Leistungsvermögen gerecht werden als auch die gesellschaftliche Funktionalität sicherstellen. Nils Kleemann formulierte dabei die Notwendigkeit der Vielfalt durch parallele Standards. Anstelle eines einzigen staatlichen Schultypenkonzepts bedarf es demnach einer flexiblen Struktur von verschiedenen Schulmodellen, die optimal auf die Schüler und ihre Potenziale ausgerichtet sind. Peter Müller betonte in seinem Vortrag vor allem die soziale Bedeutung von Schule, nicht als Ort der Schöpfung von wirtschaftlicher Produktivität, sondern als Ort der Ausbildung von Menschen, die Teil einer sozialen Gemeinschaft sind. Andreas Speck leitete in seinem Redebeitrag Inklusion aller Menschen eines Staates als notwendige Folge der Menschenrechtsdeklaration von 1948 ab und terminierte so Inklusion als geltendes Recht, welches es in die Praxis umzusetzen gilt. Mit dem Redebeitrag von Rainer Heiden wurde ein Blick in die derzeitige Praxis deutlich, der klar macht, dass Inklusion nicht nur die Schaffung der Teilhabe von körperlich oder geistig benachteiligten Kindern sein darf. Mit der wachsenden Anzahl von emotional-sozial auffälligen Kindern wächst eine neue Gruppe heran, die von Exklusionserscheinungen bedroht ist und ein ganz eigenes dynamisches Potenzial beinhaltet. In den Gesprächskreisen kristallisierte sich heraus, dass die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer für die Umsetzung der BRK die Grundvoraussetzung kleinerer und flexiblerer Klassen sieht. Damit geht die Forderung nach einer Änderung einher, die den Lehrern und Erziehern individuellere Betreuung ermöglicht. Ebenso wird aus Sicht der Teilnehmer auch eine Verbesserung der materiellen und räumlichen Voraussetzungen als notwendig erachtet. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vernetzung von Politik, den Institutionen und den unterschiedlichen Schultypen im biografischen Verlauf der Schüler, um auf diesem Wege die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen sicherzustellen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass die Lehrer- und Erzieherausbildung den veränderten Anforderungen gerecht wird und inklusive Bildung und Vielfalt im Klassenzimmer in die Studienpläne einfließen lässt. Ebenso wie die äußeren Voraussetzungen sind für viele Teilnehmer die Wertschätzung und Akzeptanz der Vielfalt in einer Gesellschaft und damit auch der individuellen Kompetenzen wichtig. Die Forderung nach Akzeptanz geht mit der häufig postulierten Notwendigkeit des gesellschaftlichen Umdenkens einher. Man solle unter dem

steten Konkurrenzdruck nicht länger gegeneinander, sondern endlich miteinander arbeiten. Insofern erhält der Inklusionsbegriff hier auch eine gesellschaftliche Tragweite, die über die bloße Eingliederung benachteiligter Menschen hinaus geht.

Weiterführende Literatur 6.

Dannenbeck, Clemens/Dorrance, Carmen: Inklusion in Einrichtungen der Kinderund Jugendarbeit – ein Fortbildungsmodul. In: Flieger, Petra/Schönwiese, Volker (Hrsg.) 2011: Menschenrechte - Integration - Inklusion. Aktuelle Perspektiven aus der Forschung. Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 205-212

Dannenbeck. Clemens/Dorrance, Carmen: Inklusion als Perspektive (sozial)pädagogischen Handelns eine Kritik der Entpolitisierung des Inklusionsgedankens. In: Zeitschrift für Inklusion Nr. 2 (2009)

Hansen, Gerd: Inklusion und frühe Förderung. In: Jennessen, Sven (Hrsg.) 2010: Leben mit Körperbehinderung: Perspektiven der Inklusion. Kohlhammer, Stuttgart, S. 75-90

Hausotter, Anette: UN-Konvention und Inklusion - Aktuelle Entwicklungen und Ergebnisse im Rahmen inklusiver Bildung in Europa. In: Flieger, Petra/Schönwiese, Volker (Hrsg.) 2011: Menschenrechte - Integration -Inklusion. Aktuelle Perspektiven aus der Forschung. Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 119-124

Klauß. Theo: Vom Recht auf eine inklusive Schule für Alle. Didaktische Lütje-Klose, Birgit/Langer, Marie-Therese/Serke, Herausforderungen. In: Björn/Urban, Melanie (Hrsg.) 2011: Inklusion in Bildungsinstituten. Eine Herausforderung an die Heil- und Sonderpädagogik, Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 67-73

Klein, Ferdinand: Auf dem Weg zur inklusiven Erziehung und Bildung in den Kindertagesstätten der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Inklusion Nr. 3(2010)

Köbsell, Swantje: 'Anders' sein dürfen oder 'normal' sein müssen? Gedanken zum Behinderungsbild in der Inklusionsdebatte. In: Seitz, Simone (Hrsg.) 2012: Inklusiv gleich gerecht? Inklusion und Bildungsgerechtigkeit, Klinkhardt, Bad Heilbrunn, S. 180-184

Lütje-Klose, Lindmaier, Christian: Inklusion und Bildungsgerechtigkeit. In:

Birgit/Langer, Marie-Therese/Serke, Björn/Urban, Melanie (Hrsg.) 2011: Inklusion in Bildungsinstituten. Eine Herausforderung an die Heil- und Sonderpädagogik, Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 21-36

Lingenauber, Sabine: Bildungsqualität durch Partizipation. Kinder und Eltern als Akteure im Übergangsprozess. In: Zeitschrift für Inklusion Nr. 3 (2010)

Moser, Vera/Kuhl, Jan/Schäfer, Lea/Redlich, Hubertus: Lehrer/innenbeliefs im Kontext sonder-/ inklusionspädagogischer Förderung - vorläufige Ergebnisse einer empirischen Studie. In: Seitz, Simone (Hrsg.) 2012: Inklusiv gleich gerecht? Inklusion und Bildungsgerechtigkeit, Klinkhardt, Bad Heilbrunn, S. 228-234

Schäper, Sabine: Inklusion als sozialethisches Projekt – Überlegungen aus fachlicher und familiärer Perspektive. In: Jennessen, Sven (Hrsg.) 2010: Leben mit Körperbehinderung: Perspektiven der Inklusion. Kohlhammer, Stuttgart, S. 33-47

Schulze, Marianne: Menschenrechte für alle. Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In: Flieger, Petra/Schönwiese, Volker (Hrsg.) 2011: Menschenrechte – Integration - Inklusion. Aktuelle Perspektiven aus der Forschung. Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 11-26

Schumann, Monika: Die "Behindertenrechtskonvention" in Kraft! - Ein Meilenstein auf dem Weg zur inklusiven Bildung in Deutschland?! In: Zeitschrift für Inklusion Nr. 2 (2009)

Seitz, Simone/Scheidt, Katja: Professionalisierung von Lehrkräften für inklusiven Unterricht. In: Lütje-Klose, Birgit/Langer, Marie-Therese/Serke, Björn/Urban, Melanie (Hrsg.) 2011: Inklusion in Bildungsinstituten. Eine Herausforderung an die Heil- und Sonderpädagogik, Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 157-163

Sigot, Marion: Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen und ihre Auswirkungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Flieger, Petra/Schönwiese, Volker (Hrsg.) 2011: Menschenrechte – Integration - Inklusion. Aktuelle Perspektiven aus der Forschung. Klinghardt, Bad Heilbrunn, S. 47-52

Wolf, Sebastian: Erwerbsarbeit unter dem Vorzeichen von Inklusion und UN-Behindertenrechtskonvention. In: Jennessen, Sven (Hrsg.) 2010: Leben mit Körperbehinderung: Perspektiven der Inklusion. Kohlhammer, Stuttgart, S. 158-166

Wunder, Michael: Die UN-Konvention zu den Rechten Behinderter – ein Prüfstein für den zukünftigen Umgang mit Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung. In: Zeitschrift für Inklusion Nr. 2 (2009)